

PRESSEMITTEILUNG

Erfolgreicher Abschluss der GMK 2016 in Rostock-Warnemünde

Mecklenburg-Vorpommerns Gesundheitsministerin Birgit Hesse hat die 89. Konferenz der Gesundheitsministerinnen und -minister und Senatorinnen und Senatoren (GMK) in Rostock-Warnemünde als Erfolg bezeichnet. Hesse, die in diesem Jahr Vorsitzende der GMK ist, sagte: "Beim Hauptthema der Konferenz, der Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, sind wir ein gutes Stück voran gekommen. Mir war es wichtig, dass alle Länder mitziehen bei der Frage, den ÖGD attraktiver zu gestalten und mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu bringen. Insofern freue ich mich, dass wir einstimmig entschieden haben."

Zum einen hat sich die GMK auf eine stärkere Verbindung des ÖGD mit Wissenschaft und Forschung geeinigt. Bereits im Medizinstudium müssen die Studierenden künftig an das Berufsbild im ÖGD herangeführt werden. Zum anderen muss sichergestellt werden, dass die Kommunen als Träger des ÖGD in der Lage sind, für die notwendige personelle Ausstattung zu sorgen.

"Der Öffentliche Gesundheitsdienst spielt in der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung eine wichtige Rolle. Ob das bei den Schuluntersuchungen ist, bei der Impfungen, in der Präventionsarbeit, bei der Hygienekontrolle oder der Gewässerkontrolle: Ohne den Öffentlichen Gesundheitsdienst ist unser Gesundheitssystem nicht denkbar. Auch bei der Planung regionaler Versorgungskonzepte spielt er eine tragende Rolle", so Hesse. "Deshalb waren sich die Ministerinnen und Minister auf der Konferenz einig, dass dieser Bereich gestärkt werden muss."

Die Gesundheitsministerkonferenz hat sich auch mit Abrechnungsbetrug in der Langzeitpflege befasst. Hamburgs Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks: „Die zahlreichen Betrugsfälle in der Pflege, die in den vergangenen Monaten bundesweit bekannt geworden sind, haben gezeigt, dass Abrechnungsbetrug im Pflegebereich

SM

Schwerin, 30. Juni 2016

Nummer: 081

Ministerium für Arbeit, Gleichstellung
und Soziales Mecklenburg-Vorpommern
Werderstraße 124
19055 Schwerin
Telefon: 0385/588-9003
Telefax: 0385/588-9709
E-Mail: Christian.Moeller@sm.mv-regierung.de
Internet: www.mv-regierung.de/sm

V. i. S. d. P.: Christian Moeller

leider kein Einzelfall ist, sondern systematisch begangen wird. Diese Betrügereien schaden allen – den Pflegedürftigen, den Beitragszahlern und der großen Mehrheit der seriös arbeitenden Anbieter. Deshalb hat die Gesundheitsministerkonferenz die Bundesregierung gebeten, eine klare bundesgesetzliche Grundlage zu schaffen, um die Arbeit der Aufsichts- und Ermittlungsbehörden zu erleichtern. Um Beträgeren wirksam bekämpfen zu können, brauchen wir dringend einen bundesweiten, verpflichtenden Datenaustausch über bekanntgewordene Betrugsvorfälle zwischen allen Beteiligten, wie zum Beispiel Kranken- und Pflegekassen, Ermittlungsbehörden, Sozialhilfeträgern und Leistungserbringern im Gesundheitssystem. Der Austausch muss so organisiert sein, dass man die Daten überregional auswerten kann, um Muster und Schwerpunkte erkennen zu können.“ Damit die zusammengetragenen Beweise auch zu einer wirkungsvollen Strafverfolgung führen, spricht sich die Gesundheitsministerkonferenz dafür aus, dass verstärkt Schwerpunktstaatsanwaltschaften eingerichtet werden, um möglichen Betrugsfällen zügiger und effektiver nachgehen zu können.

Ein weiteres Thema war die medizinische Versorgung von Flüchtlingen: „Dank unseres leistungsfähigen Gesundheitssystems und des großen Einsatzes von Menschen im öffentlichen Gesundheitsdienst, der ambulanten und stationären Versorgung und Ehrenamtlichen konnte die medizinische Versorgung der Flüchtlinge sichergestellt werden. Das kann grundsätzlich durch das medizinische Regelsystem geschehen, aber wir sehen auch die Notwendigkeit von speziellen Versorgungsangeboten zum Beispiel im ländlichen Raum oder bei besonderen Unterbringungsbedingungen“, so Gesundheitssenatorin Cornelia Prüfer-Storcks. Gerade die Flüchtlingsbewegung habe gezeigt, wie wichtig es sei, einen leistungsfähigen öffentlichen Gesundheitsdienst vorzuhalten. Die Gesundheitsministerkonferenz hat eine Informationsplattform beschlossen zu Versorgungsmodellen zur Inanspruchnahme des Gesundheitssystems durch Flüchtlinge, Erfahrungen mit der elektronischen Gesundheitskarte und zur Integration von Flüchtlingen in Gesundheitsberufe. Ministerin Hesse sprach als Vorsitzende der GMK im Namen aller Bundesländer den zahlreichen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern ihren Dank aus: "Ohne diesen großartigen Einsatz wäre die gesundheitliche Versorgung der vielen Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen sind nicht möglich gewesen."

Hessens Gesundheitsminister Stefan Grüttner setzt einen starken Akzent auf die Digitalisierung im Gesundheitswesen, weil „es in hohem Maße sinnvoll ist, wenn es uns gelingen kann, Operationen, Allergien, Verläufe von Klinikaufenthalten und vieles mehr zentral zu erfassen und für alle auf einen Blick zugänglich zu machen. Dabei ist der Datenschutz für uns oberste Richtschnur. Aber so können bspw. Doppeluntersuchungen, Behandlungsfehler sowie Aufwand für Patienten und Arzt reduziert werden. Deshalb tritt Hessen hierfür ein.“ Grüttner sieht in dem nunmehr vorliegenden Strategiepapier der Bund-Länder -Arbeitsgruppe Telematik im Gesundheitswesen eine wichtige Grundlage zum weiteren Aufbau der Telematikinfrastruktur und Digitalisierung im Gesundheitswesen. Grüttner sagte weiter: „Ich begrüße die Bitte an das BMG, aus Gründen des Patientenschutzes zu prüfen, wie die durch verschiedene Gerichtsurteile entstandene Rechtsunsicherheit im Hinblick auf die Voraussetzungen, Finanzierungs- und Haftungsfragen der osteopathischen Leistungserbringung ausgeräumt werden können. In diesem Zusammenhang ist selbstverständlich auch zu prüfen, ob das Berufsbild des Osteopathen einer Reglementierung durch ein eigenes Berufsgesetz bedarf.“